

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 16. Oktober 2025

Niclas Dürbrook

Ich will im nächsten Jahr keinen neuen Rekord bei der Messerkriminalität kommentieren müssen

TOP 9: Kriminalpräventive Initiative zur Bekämpfung der Messerkriminalität (Drs. 20/3464)

Wir reden heute über ein Thema, das viele Menschen bewegt, weil sie es als Bedrohung wahrnehmen oder sogar als Bedrohung erlebt haben: Straftaten mit Messern.

In Schleswig-Holstein wurden im vergangenen Jahr über 1.100 Fälle erfasst – das sind rund 30 Prozent mehr als noch 2022.

Im Durchschnitt also mehr als drei solcher Taten jeden Tag.

Ich finde: Wer das hört, darf beunruhigt sein. Und wer Verantwortung trägt, muss handeln.

Die Koalition schlägt vor, das Thema zu analysieren: Tatorte, Tatzeiten, Täterstrukturen.

Ich bin ein großer Verfechter von evidenzbasierter Innenpolitik, behaupte aber, dass uns die wesentlichen Daten bereits vorliegen. Die Landesregierung wertet schon jetzt die Messerdaten gezielt aus. Ich habe die Landesregierung kürzlich um Aufbereitung der Daten für Messerdelikte in den vergangenen drei Jahren gebeten, das Ergebnis entspricht dem, was auch andere Bundesländer festgestellt haben:

- Der alles überwiegende Teil der Tatverdächtigen ist männlich
- Kinder, Jugendliche und Heranwachsende stellen rund ein Drittel der Tatverdächtigen
- 40 Prozent der Tatverdächtigen haben keine deutsche Staatsbürgerschaft
- Ein großer Teil der Taten findet in der Öffentlichkeit statt, viele weitere Taten in der verdichteten Wohnbebauung
- Tatzeit: in den Abendstunden am Wochenende

Ehrlich gesagt: Wir haben weniger ein Erkenntnis- als ein Umsetzungsproblem. Denn eine kleine Anfrage von mir vor kurzem zeigte auch: Präventionsmaßnahmen jenseits der Waffenkontrollen gibt es mit Blick auf Messerkriminalität in Schleswig-Holstein eigentlich nicht. Das sollte sich schleunigst ändern. Am besten in einem anderen Tempo, als dieser Antrag benötigt hat, um überhaupt auf der Tagesordnung für den Landtag zu kommen.

Mir melden Polizistinnen und Polizisten zurück: Viele Situationen sind im Grundsatz heute ähnlich wie vor 15 Jahren. Junge Männer geraten wegen Petitessen, verletztem Stolz, Ehre oder was auch immer sich unter toxischer Männlichkeit zusammenfassen lässt in Streit. Der Unterschied ist nur: Früher war es eine Schlägerei, heute ist es eine Messerstecherei. Weil das Messer dabei ist. Morgens auf dem Weg in die Schule. Nachmittags beim Sport. Abends beim Weggehen. Da müssen wir ansetzen: Messer haben in der Öffentlichkeit nichts verloren. Es ist weder mutig, noch angemessen mit einem Messer in der Tasche das Haus zu verlassen. Es ist vor allem gefährlich – für sich und andere.

Aber Prävention allein reicht nicht. Waffenverbote wirken – wenn man sie durchsetzt. Das sehen wir im öffentlichen Nahverkehr. Ich höre:

Seit Beginn der Waffenkontrollen sind die Trefferzahlen deutlich zurückgegangen. Das ist gut.

Wir müssen die Räume weiter einschränken, in denen man ohne Konsequenzen mit dem Messer unterwegs sein kann. Waffenverbote sind kein Symbol, sondern ein wirksames Mittel, um Räume von Gewalt zu befreien.

Und wir könnten noch mehr machen:

Wer ein Messer eingesetzt hat, muss an die Waffenbehörden gemeldet werden, damit es ein Waffenverbot gibt. Die Zahl solcher Verbote steigt zwar, aber bei weitem nicht im gleichen Maß wie die Zahl der Delikte.

Ich wäre auch sehr offen für eine Lösung wie in NRW: individuelle Waffentrageverbote, gestützt auf die polizeiliche Generalklausel. Das geht noch schneller, es gibt der Polizei eine direkte Handhabe. In NRW nutzt man auch die Meldemöglichkeit an die Straßenverkehrsbehörden. Wer mit einem Messer Unsinn anstellt, sollte auch keinen Führerschein mehr haben. Ich finde: Wenn andere Länder zeigen, dass man entschlossener handeln kann (zumal mit derselben Regierungskoalition) – dann sollte Schleswig-Holstein nicht auf der Zuschauertribüne bleiben.

Ich weiß, wie schwer sie sich mit unseren Anträgen tun. Darum freue ich mich über die Überweisung beider Anträge. Aber ich werbe darum, mit der Auswertung und Präventionsstrategien nicht bis zum Ende der Beratungen zu warten. Das muss schneller gehen. Eins darf nicht passieren: Dass wir im nächsten und übernächsten Jahr wieder eine neue Rekordzahl bei den Messerdelikten kommentieren müssen. Das wäre eine echte Niederlage.